**Aus der Sitzung vom 16.07.2024**

**Verpflichtung von Ratsmitgliedern**

Der Vorsitzende verpflichtete die Ratsmitglieder Marco Rößler, Nicole Kochan-Platz, Barbara Kiesgen sowie Tanja Mehn vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung namens der Gemeinde durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten (§ 30 Abs. 2 Satz 1 GemO). Er wies darauf hin, dass sich die Pflichten der Ratsmitglieder insbesondere aus den §§ 20, 21 und 30 Abs. 1 GemO (VV Nr. 2 zu § 30 GemO) ergeben. Im Besonderen wies er auf die Schweige- und Treuepflichten der Ratsmitglieder (§§ 20 und 21 GemO) hin.

**Bebauungsplan „Hinter Goldschmitsgraben“ – Information über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen sowie Beratung und Beschlussfassung über die Planbilligung und die Veröffentlichung der Planunterlagen**

Der Gemeinderat hat am 21.05.2019 in öffentlicher Sitzung den Aufstellungsbeschluss für den o. g. Bebauungsplan gefasst. Die Planunterlagen wurden am 18.10.2022 gebilligt.

Der Aufstellungsbeschluss wurde in den Mittelmosel Nachrichten am 27.10.2022 bekanntgemacht. In diesem Zusammenhang fand die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Zeitraum vom 04.11.2022 bis einschließlich 05.12.2022 statt. Gleichzeitig wurden die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie die Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen wurde der Gemeinderat in seiner Sitzung am 17.01.2023 bereits vorab informiert. Daraufhin wurden diverse Untersuchungen beauftragt und weitreichende Änderungen an der Planung vorgenommen. Zuletzt wurde die Planung durch Gemeinderatsbeschluss vom 06.02.2024 stark verkleinert. Die Lärmberechnungen wurde auf dieser Grundlage erneuert und das Lärmgutachten ausgearbeitet. Das Gutachten sowie alle Planunterlagen waren den Sitzungsunterlagen beigefügt.

Die eingegangenen Stellungnahmen wurden in einer Liste zusammengefasst. Diese war der Sitzungsvorlage ebenfalls beigefügt. Die Ortsgemeinde hat die eingegangenen Anregungen zur Kenntnis zu nehmen und über die umfassend geänderte Planung zu beraten. Anschließend ist über das weitere Verfahren zu beschließen. Der Vertreter des Planungsbüros erläuterte ausführlich die Entwicklungen der Planung in den letzten Jahren sowie die vorgenommenen Änderungen und das weitere Vorgehen.

Das weitere Verfahren sieht die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB vor.

Der II. Beigeordnete trug hierzu einen Fragenkatalog vor. Die Fragen wurden überwiegend durch den Vortrag des Planers sowie den Ausführungen von Frau Jüngling mündlich in der Sitzung beantwortet.

Es erfolgte eine kontroverse Diskussion über die Verkleinerung des Gebietes und dessen Wirtschaftlichkeit. Frau Jüngling erläuterte die Kostenkalkulation der Verbandsgemeinde, welche jedem Ratsmitglied vorlag.

Im Anschluss daran stellte der II. Beigeordnete den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Dieser Antrag wurde durch den Gemeinderat abgelehnt.

Die Ortsgemeinde Lieser fasst folgende Beschlüsse:

1. Für den im Vorentwurf vom 03. Juli 2024 dargestellten Bereich wird nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan aufgestellt. Das Plangebiet befindet sich nordwestlich der Ortslage von Lieser.

Die Gebietsabgrenzung umfasst die Grundstücke, Gemarkung Lieser, Flur 25, Nr. 42, 43, 44, 45 ,46, 75/2, 104, 105, 106, 107, 108, 109/8, 119 tw. und 120 tw.

1. Die eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes „Hinter Goldschmitsgraben" werden zur Kenntnis genommen. Auf Grund des komplett neuen Entwurfs des Bebauungsplans erfolgt keine einzelne Abwägung der jeweiligen Stellungnahmen. Vielmehr sind alle aus der frühzeitigen Beteiligung gewonnenen Erkenntnisse in die neue Planung mit eingeflossen.
2. Die Entwurfsplanung Stand 03. Juli 2024 (Planentwurf, Textfestsetzungen, Begründung, Umweltbericht einschließlich Bestands- und Maßnahmenplan), wird gebilligt und dem weiteren Verfahren (Veröffentlichung der Planunterlagen [Dauer: 1 Monat], Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden) wird zugestimmt.

Die Ratsmitglieder Nicole Kochan-Platz und Silvia Becker nahmen gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil und im Zuhörerraum Platz.

**Sachstand Planung Solarfeld**

Auf dem Plateau in der Nähe des Friedwaldes ist die Errichtung eines Solarfeldes angedacht.

Nach Wertung von 3 eingegangenen Angeboten zur Entwicklung der Solarfelder wurde der Firma WI Energy GmbH der Zuschlag erteilt. Derzeit erfolgt die Prüfung des Vertrages durch die Verbandsgemeindeverwaltung.

Das Konzept der o.g. Firma wird den Ratsmitgliedern per Email zur Information übermittelt. Der Gemeinderat nahm die Information zur Kenntnis.

**Sachstand Planungsvergabe Heizanlage**

Die Ortsgemeinde hat den Platz neben der Turnhalle erworben, um eine Erweiterungsmöglichkeit und ggf. eine Fläche für eine zentrale Wärmeversorgung (für Kindergarten, Bauhof, Turnhalle und Dorfgemeinschaftseinrichtung) zur Verfügung zu haben.

Im April diesen Jahres erfolgte eine Besichtigung und eine Beratung mit der Verbandsgemeindeverwaltung. Im Anschluss daran wurde eine Ausschreibung zur Vergabe der Planungsleistungen durchgeführt.

Die Firma Bayer & Friedrich hat das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, der Auftrag wurde bereits erteilt. Nunmehr wird von dort eine Konzeptplanung erarbeitet. Der Gemeinderat nahm die Information zur Kenntnis.

**Beratung und Beschlussfassung über die Anschaffung eines Toilettenwagens**

**a) Art und Typ des Modells**

Für die Anschaffung stehen insgesamt 20.500 € zur Verfügung, hiervon entfallen 10.000 auf Haushaltsmittel, 5.000 € auf die Spende des Heimat- und Verkehrsvereins und 5.500 € auf Sponsoringleistungen. Der Vorsitzende erläuterte, warum die Anschaffung eines zusätzlichen Fäkalientanks für den Toilettenwagen keinen Sinn mache. Sollte dieser bei einer Veranstaltung erforderlich sein, könnten Tanks dieser Art bei entsprechenden Entsorgungsbetrieben gemietet werden.

Der Toilettenwagen soll künftig überdacht abgestellt werden.

Nach Durchsicht der einzelnen Wagen und Angebote entschied sich der Gemeinderat Für das Model Nr. 1 (Einachser) mit 2 WC´s für Damen, 1 WC und 3 Urinale für Herren zum Preis von 21.500 €.

**b) Annahme von Sponsoringleistungen**

Durch den Rat wurde per Haushaltsbeschluss festgelegt, 2024 den stark sanierungsbedürftigen Toilettenwagen der Gemeinde durch die Anschaffung eines neuen zu ersetzen.

Um die Maßnahme abschließend finanzieren zu können, wurden verschiedene Firmen durch den 1. Beigeordneten auf die Möglichkeit eines Sponsorings angesprochen.

Es hat sich ein weiteres Unternehmen gefunden, das die Maßnahme mit einem Betrag von 500 € unterstützen will.

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde hat der Rat über die Annahme des Sponsorings zu entscheiden. Es handelt sich hierbei um das nachfolgend aufgeführte Unternehmen:

WI Energy GmbH, Auf dem Petrisberg 4, 54296 Trier

Der Gemeinderat Lieser beschloss, das Sponsoring der vorgenannten Firma zum Zweck der Anschaffung eines Toilettenwagens gem. § 94 Abs. 3 GemO anzunehmen.

**Beratung und Beschlussfassung über die Anschaffung von Tablets für die digitale Ratsarbeit**

Im Zuge der Digitalisierung wurde seitens der Verwaltung ein Ratsinformationssystem beschafft, welches nach der Kommunalwahl 2024 in allen Ortsgemeinden eingeführt werden soll.

Um die Unterlagen innerhalb der Sitzung auch digital abrufen zu können, soll jedem Ratsmitglied ein entsprechendes Endgerät zur Verfügung gestellt werden. Das Benutzen von privaten Endgeräten ist ebenfalls möglich.

Die Kosten für ein Apple iPad belaufen sich derzeit auf ca. 370,00 € brutto (zzgl. 20,00 € netto Verwaltungslizenz, optional Schutzhülle 26,00 € netto).

Der Gemeinderat beschloss, 16 Tablets mit Schutzhüllen für die digitale Ratsarbeit zu beschaffen. Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Schritte für die digitale Ratsarbeit einzuleiten. Die Haushaltsmittel werden überplanmäßig bereitgestellt.

**Mitteilungen und Anfragen**

**a) Antrag auf Prüfung verkehrsrechtlicher Maßnahmen**

Durch das neue Parkraumkonzept ist die Hochstraße freier befahrbar. Dies führt allerdings dazu, dass Fahrzeuge dort nunmehr oftmals mit überhöhter Geschwindigkeit fahren. Aus der Bevölkerung wurde ein Antrag gestellt, durch geeignete Maßnahmen die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Auch im Bereich des Bolzplatzes wird die Geschwindigkeit der Fahrzeuge als zu hoch eingeschätzt. Des Weiteren bestehen durch das neue Parkkonzept mittlerweile Probleme in der Weingartenstraße durch parkende Autos, die die Fahrbahn zu sehr verengen.

Problematisch ist, dass teilweise noch Markierungen auf den Fahrbahnen fehlen, welche aber auf Grund der noch ausstehenden Baumaßnahmen (Glasfaser) derzeit nicht durchgeführt werden können. Der Rat war einstimmig der Auffassung, ein neues Überwachungsgerät anzuschaffen, um zunächst Tempomessungen in den kritischen Bereichen durchzuführen.

Weitere Beratungen sollen im Ausschuss für Straßen, Wege und Verkehr durchgeführt werden.

**b) Glasfaserausbau in der Ortsgemeinde**

Derzeit ruhen die Arbeiten. Der Vorsitzende wird hierzu Gespräche führen.

**c) KULADIK Netzwerktreffen**

Es liegt eine Einladung zu einem Workshop zur digitalen Erfassung von Wegekreuzen, etc. vor. Dieser findet am 03.09. in Malberg statt. Die Einladung soll an den Förderverein Paulskirche Lieser e.V. weitergeleitet werden.

**d) Friedhof im Ort**

Auf Nachfrage wurde bestätigt, dass es für den o. g. Friedhof bald neue Bestattungsmöglichkeiten geben soll. Beratungen hierzu sollen in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

**e) Zustand Wiesgraben**

Der Zustand des Wiesgrabens wurde bemängelt. Der Vorsitzende erläuterte, dass die Ortsgemeinde hierfür zuständig sei und eine Bearbeitung erfolgen würde. Es bestand Einigkeit, im oberen Teil des Grabens nur den Unrat zu entfernen.

**f) Gullideckel in der Ortsgemeinde**

Teilweise fehlen in den Gullideckeln die Auffangkörbe. Der Vorsitzende sagte zu, sich zu kümmern.

**Anlage 2 zu TOP 2:**

**Bebauungsplan der Ortsgemeinde Lieser**

**für das gebiet „Hinter Goldschmitsgraben“**

Mit Schreiben vom 27.10.2022 wurden die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und die Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB am Verfahren beteiligt und um Stellungnahme bis zum 05.12.2022 gebeten.

**Folgende Stellungnahmen wurden von den beteiligten Behörden, Träger öffentlicher Belange sowie von benachbarten Gemeinden nach § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 1 BauGB abgegeben:**

***[1](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069573)*** ***Amprion GmbH 3***

***[5](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069574)*** ***Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr 3***

***[7](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069575)*** ***Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung 3***

***[8](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069576)*** ***Creos Deutschland GmbH 3***

***[11](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069577)*** ***Deutsche Flugsicherung 4***

***[12](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069578)*** ***Deutsche Telekom Technik GmbH 4***

***[13](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069579)*** ***Deutscher Wetterdienst 6***

***[15](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069580)*** ***DLR Mosel 6***

***[17](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069581)*** ***VGV Bernkastel-Kues, Fachbereich II Finanzen 6***

***[19](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069582)*** ***VGV Bernkastel-Kues, Verbandsgemeindewerke 7***

***[20](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069583)*** ***Fernleitungs-Betriebsgesellschaft 8***

***[22](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069584)*** ***Forstamt Traben-Trarbach 8***

***[25](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069585)*** ***Generaldirektion Kulturelles Erbe 8***

***[26](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069586)*** ***Generaldirektion Kulturelles Erbe 8***

***[27](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069587)*** ***Handwerkskammer Trier 9***

***[28](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069588)*** ***Industrie- und Handelskammer Trier 9***

***[29](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069589)*** ***Kreisverwaltung 9***

***[30](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069590)*** ***Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz 13***

***[32](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069591)*** ***Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung Niederlassung Trier 14***

***[36](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069592)*** ***Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Außenstelle Trier 14***

***[44](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069593)*** ***Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz 15***

***[45](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069594)*** ***Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Regionalstelle Gewerbeaufsicht 21***

***[49](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069595)*** ***Verbandsgemeinde Thalfang 23***

***[50](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069596)*** ***Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße 23***

***[52](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069597)*** ***Verbandsgemeinde Traben-Trabach 23***

***[53](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069598)*** ***Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel 23***

***[54](../../../v.juengling/AppData/Roaming/regisafe/Storage/59/2024-06-26_Abw%C3%A4gungstabelle.docx" \l "_Toc122069599)*** ***Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Mosel-Saar-Lahn, Standort Trier 23***

1. **Amprion GmbH**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.  Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.  Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben. |

1. **Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundewehr**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.  Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. |

1. **Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | In dem o.g. Bauleitplanverfahren berufe ich mich für meine Behörde auf die Zustimmungsfiktion. |

1. **Creos Deutschland GmbH**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | die Creos Deutschland GmbH betreibt ein **eigenes Gashochdruckleitungsnetz** sowie ein **eigenes Hoch- und Mittelspannungsnetz** inklusive der zugehörigen Anlagen.  Folgende Unternehmen haben uns mit der Betreuung Ihrer Leitungen und Anlagen im Rahmen der Planauskunft beauftragt:   * Nippon Gases Deutschland GmbH (Sauerstoff- und Stickstoffleitungen im Saarland) * Zentralkokerei Saar GmbH (ZKS-Leitung im Saarland) * Stadtwerke Ramstein- Miesenbach GmbH (Biogasleitung im Bereich Ramstein-Miesenbach) * Energis-Netzgesellschaft GmbH (Gashochdruckleitungen im Bereich Sulzbach / Altenwald / Friedrichsthal) * Villeroy & Boch AG (Gashochdruckleitungen im Bereich Mettlach)   Zu Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass im angefragten **Bereich keine Anlagen der Creos Deutschland GmbH und keine der von uns betreuten Anlagen** vorhanden sind. |

1. **Deutsche Flugsicherung Unternehmenszentrale**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig.  Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt.  Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert. |

1. **Deutsche Telekom Technik GmbH, TI NL Mitte PTI 14, Bauleitplanung**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Wir weisen jedoch auf folgendes hin:  Im Planbereich befinden sich noch keine Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH zur Versorgung des o. g. Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom Deutschland GmbH. Daher ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien (TK-Linien) erforderlich.  Daher beantragen wir folgendes sicherzustellen,  - dass für den Ausbau des Telekommunikationsliniennetzes im Erschließungsgebiet eine ungehinderte, unentgeltliche und kostenfreie Nutzung der künftigen Straßen und Wege möglich ist,  - dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Telekom Deutschland GmbH als zu belastende Fläche festzusetzen entsprechend § 9 (1) Ziffer 21 BauGB eingeräumt wird,  - dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen nach DIN 1998 vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt.  Wir bitten folgenden fachlichen Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes aufzunehmen. In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,30 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien vorzusehen. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.  Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass für die Arbeiten der Telekom Deutschland GmbH ein mit uns abgestimmtes eigenes Zeitfenster eingeplant wird.  Bitte informieren Sie uns 4 Monate vor Beginn der Erschließungsarbeiten, damit alle Koordinationsvorteile für den Aufbau der Telekommunikationsversorgung genutzt werden können.  Bitte beteiligen Sie uns weiterhin im Rahmen des Bauleitplanverfahrens bei der Aufstellung von Bebauungsplänen gemäß § 4 des BauGB. |

1. **Deutscher Wetterdienst**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. g. Vorhaben.  Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.  Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum- und Städteplanung, für die Umweltverträglichkeit (UVP) o. ä. benötigen, können Sie diese beim DWD in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren. |

1. **DLR Mosel**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | aus flurbereinigungstechnischer Sicht bestehen unsererseits keine Bedenken. |

**17 VGV Bernkastel-Kues, Fachbereich II Finanzen**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Zu dem vorgenannten Bebauungsplanentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:  Aus beitragsrechtlicher Sicht sind insgesamt 4 Erschließungsanlagen im Baugebiet geplant, welche beitragsrechtlich unterschiedlich zu bewerten sind.  **a) Verlängerung Richard-Wagner-Straße (Flurstück 41/2 tlw.)**  Die Erschließung dieser Anlage führt zu sehr hohen Erschließungsbeiträgen, da die Anlage nur einseitig bebaut werden kann. Die Grundstücke links der Erschließungsanlage liegen derzeit im Außenbereich und sind nicht beitragsfähig. Die Kosten wären somit nur von den Anliegern der geplanten 5 Baugrundstücke der rechten Straßenseite zu tragen. Die Beitragsermittlung erfolgt nach der Grundstücksfläche.  Es wird daher empfohlen, von einer Erschließung dieser Anlage abzusehen. Die Fläche der 5 Baugrundstücke könnte den angrenzenden 5 Baugrundstücken zur Erschließungsanlage b) zugeschlagen werden. Dies würde bei dieser Anlage den Beitragssatz dann reduzieren.  Das Flurstück 41/2 tlw. könnte dann entweder als „Verkehrsfläche besonderer Verwendung (Wirtschaftsweg)“ im BPlan ausgewiesen oder der Geltungsbereich um dieses Grundstück reduziert werden.  **b) Verlängerung Schubertstraße (Flurstück 75/2)**  Die Erschließunganlage ist beidseitig bebaubar. Da die Baugrundstücke auf beiden Seiten dem MD1 angehören und somit eine identische bauliche Nutzbarkeit vorliegt, ist der Beitrag nach der Grundstücksfläche zu ermitteln.  **c) Verlängerung Mozartstraße (Flurstück 110/2)**  Die Erschließungsanlage ist beidseitig bebaubar. Die Grundstücke linksseitig der Straße gehören dem MD1 an, während rechtsseitig die Grundstücke dem MD2 bzw. D3 angehören. Für die Grundstücke gelten somit unterschiedliche Nutzbarkeiten (MD1 = GRZ (Grundflächenzahl) 0,4, MD2 und MD3 = GRZ 0,6). Die Beitragsermittlung hat daher nach der Geschossfläche zu erfolgen, d.h. die Grundstücksfläche wird mit der Geschossflächenzahl (im MD1 = 0,8 und im MD 2 u MD3 = 1,2) multipliziert.  Das MD3 ist zwar durch eine „öffentliche Grünfläche“ von dieser Straße getrennt, zu beachten ist jedoch, dass das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz mit Urteil vom 24.04.1997, Az.: 1 C 10912/96.OVG, festgelegt hat, dass die Ausweisung einer öffentlichen oder privaten Grünfläche in einem Bebauungsplan zu dem einzigen Zweck, eine an sich bebaubare Grundstücksfläche von Erschließungsbeiträgen freizustellen, abwägungsfehlerhaft ist. Eine solche Planung verstößt gegen den Grundsatz, dass die mit der Planung einhergehende Belastung nicht einseitig nur auf eine Gruppe der Betroffenen verteilt und dadurch ohne Rechtfertigungsgründe ein anderer Personenkreis begünstigt wird. Eine zu einer solchen Konsequenz führende Planausweisung steht im Widerspruch zu der von dem Normenkontrollsenat des OVG mehrfach vertretenen Auffassung, wonach eine sinnvolle Planung auch darauf abzielen muss, eine Ausweisung vorzunehmen, die es mit sich bringt, dass – bei gleichbleibendem Erschließungsaufwand – die Zahl der beitragspflichtigen Grundstücke möglichst groß wird, um so den von den einzelnen Grundstückseigentümern zu erbringenden Erschließungsbeitrag möglichst niedrig zu halten, es sei denn, dieser Forderung stünden überragende planerische Gründe entgegen (vgl. Urteile vom 18.03.1987 – 10 C 82/86 – und vom 17.01.1990 – 10 C 22/89 -). Von einer Ausweisung dieser „öffentlichen Grünfläche“ ist daher abzusehen.  Es handelt sich somit bei den im MD2 und MD3 gelegenen Grundstücken um 3 durchlaufende Grundstücke. Diese sind bei der Beitragsberechnung nur mit der Hälfte der Fläche zu berücksichtigen, da sie auch für die Erschließungsanlage unter d) beitragspflichtig sind.  **d) Flurstück 146/2**  Die Erschließungsanlage ist beidseitig bebaubar. Zur berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass  die rechts der Erschließungsanlage gelegenen Grundstücke bereits durch das Baugebiet  „Verlängerte Hochstraße“ als Gewerbe- bzw. Mischgebiet erschlossen sind. Bei diesen  Grundstücken wurde bereits für die „Hochstraße“ Erschließungsbeitrag für die gesamte  Grundstücksfläche z.T. mit Gewerbezuschlag von 40% erhoben. Durch die Herstellung des  Flurstücks 146/2 als Erschließungsstraße müsste von diesen Grundstücken erneut für die  Hälfte der Grundstücksfläche (es handelt sich um sog. durchlaufende Grundstücke)  Erschließungsbeitrag zum Teil mit Gewerbezuschlag erhoben werden.  Die Grundstücke linksseitig der Straße gehören dem MD2 bzw. MD3 an, während rechtsseitig  die Grundstücke als Mischgebiet (MI) bzw. Gewerbegebiet (GE) ausgewiesen sind. Für die  Grundstücke gelten somit unterschiedliche Nutzbarkeiten (MD2 und MD3 = GRZ 0,6, MI =  GRZ 0,4 und GE = GRZ 0,8). Die Beitragsermittlung hat daher nach der Geschossfläche zu  erfolgen, d.h. die Grundstücksfläche wird mit der Geschossflächenzahl (im MD2 und MD3 =  1,2 und im MI= 0,8 und im GE = 1,6) multipliziert. Die Grundstücke im GE würden zusätzlich  mit einem Gewerbezuschlag von 40% belastet. Da sich an dieser Erschließungsanlage nur  durchlaufende Grundstücke (durch 2 Erschließungsanlagen erschlossen) befinden, ist die  Hauptbeitragslast von den bereits durch die „Hochstraße“ erschlossenen Grundstücken (rd.  54%) zu tragen.  Da die im Bebauungsplan „Hinter Goldschmitsgraben“ liegenden geplanten 3 Baugrundstücke  auch durch die Erschließungsanlage c) erschlossen sind, sollte daher von einer Erschließung  dieser Anlage abgesehen werden. Die geplanten 3 Baugrundstücke wären dann auch keine  durchlaufenden Grundstücke und wären somit mit der kompletten Grundstücksfläche bei der Erschließungsanlage c) beitragspflichtig. Dies würde den Beitragssatz für diese Erschließungsanlage auch reduzieren.  Das Flurstück 146/2 könnte dann im BPlan als „Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (Wirtschaftsweg)“ ausgewiesen werden bzw. der Geltungsbereich um dieses Grundstück reduziert werden.  Sonstiges  Es wäre sinnvoll, nicht nur im Entwässerungsplan, sondern auch im BPlan die geplanten Baugrundstücke darzustellen. Des Weiteren wird es für sinnvoll erachtet, die Erschließungsanlagen mit Namen (z.B. Planstraße A, B usw.) zu benennen. |

1. **VGV Bernkastel-Kues, Verbandsgemeindewerke**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Hinter Goldschmitsgraben“ in der Ortsgemeinde Lieser in der vorgelegten Entwurfsfassung bestehen keine Bedenken.  **Wasserversorgung**  Die Trinkwasser-Hausanschlussleitungen können an die noch herzustellende Versorgungsleitung angeschlossen werden.  **Abwasserbeseitigung**  Die Entwässerung erfolgt im Trennsystem. Die Schmutzwasser-Hausanschlussleitungen können an die noch herzustellende Kanalisation angeschlossen werden.  **Niederschlagwasser/Oberflächenentwässerung**  Bezüglich der Niederschlagswasserbeseitigung wird auf das bereits abgestimmte Entwässerungskonzept des Ing.-Büro Grahneis, Mülheim an der Mosel vom 20.10.2022 verwiesen. |

1. **Fernleitungs-Betriebsgesellschaft**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben:  Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr  Referat Infra I3 TÖB  Frontainergraben 200  53123 Bonn  BAIUDBwToeB@bundeswehr.org |

1. **Forstamt Traben-Trarbach**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | vielen Dank für die Beteiligung, von Seiten des Forstamtes Traben-Trarbach gibt es keine Anmerkungen. |

1. **Generaldirektion Kulturelles Erbe Direktion Landesarchäologie, Rheinisches Landesmuseum**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Die GDKE/Direktion Landesarchäologie-Außenstelle Trier wurde mit Schreiben vom 02.11.2022 an o.g. Verfahren beteiligt.  Im Rahmen des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes hatte die GDKE/Landesarchäologie mit Schreiben vom 31.05.2019 Bedenken geäußert. Eine jüngere Bewertung der topografischen Gegebenheiten und Fundstellen hat nun zu dem Ergebnis geführt, dass archäologische Belange im Geltungsbereich weniger betroffen sind, als dies anfangs anzunehmen war. Bezüglich des Bebauungsplanverfahrens zieht die Direktion Landesarchäologie-Außenstelle Trier die Auflage einer Baggersondage zurück. Stattdessen verweisen wir darauf, dass eine Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde besteht (§ 16-21 DSchG RLP), sofern diese bei den folgenden Maßnahmen zu Tage kommen.  Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der Landesarchäologie-Trier. Gesonderte Stellungnahmen der Landesarchäologie-Erdgeschichte ([erdgeschichte@gdke.rlp.de](mailto:erdgeschichte@gdke.rlp.de)) und der Landesdenkmalpflege ([landesdenkmalpflege@gdke.rlp.de](mailto:landesdenkmalpflege@gdke.rlp.de)) bleiben vorbehalten und sind ggf. noch einzuholen. |

1. **Generaldirektion Kulturelles Erbe Direktion Landesarchäologie/Erdgeschichte**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Wir haben das unten bezeichnete Vorhaben zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Direktion Landesarchäologie/Abteilung Erdgeschichte bestehen hiergegen keine Bedenken. Am weiteren Verfahren müssen wir nicht mehr beteiligt werden.  Gesonderte Stellungnahmen der Direktion Landesdenkmalpflege/Abteilung Praktische Denkmalpflege Mainz und der Direktion Landesarchäologie/Außenstelle Trier bleiben vorbehalten und sind ggf. noch einzuholen. |

1. **Handwerkskammer Trier**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | bezugnehmend auf Ihr vorgenanntes Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass gegen das o. g. Vorhaben unsererseits keine Bedenken erhoben werden. |

1. **Industrie- und Handelskammer Trier**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | vielen Dank für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren.  Die nord-östlich und östlich an das Planungsgebiet direkt angrenzenden Flächen sind gewerblich geprägt. Beeinträchtigungen für die dort ansässigen Betriebe, die durch die heranrückende Wohn-bebauung entstehen könnten, sollten im Rahmen der Bauleitplanung ausgeschlossen werden.  Daher ist es zu begrüßen, dass eine Nutzungsmischung angestrebt wird und kein reines Wohngebiet.  Sofern im weiteren Verfahren dargelegt wird, dass für die angrenzenden Betriebe keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind, stehen dem Bebauungsplanverfahren aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Trier keine grundlegenden Bedenken entgegen |

1. **Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Bauleitplanung**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | In den v.g. Beteiligungsverfahren teile Ihnen die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich wie folgt mit:  **Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes (BPlan) bestehen aus planungsrechtlicher Sicht erhebliche Bedenken:**  Die Ortsgemeinde plant ausweislich der Begründung des BPlans die Ausweisung einer Wohnbaufläche. In der Begründung unter Ziffer 1 wird ausdrücklich von einer angemessenen „Wohnbautätigkeit“ gesprochen. Ausführungen, die darauf schließen lassen könnten, dass im Planbereich auch die Ansiedlung von „Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe“ und „nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben“ erforderlich und seitens der Ortsgemeinde gewünscht ist, sind der Begründung nicht zu entnehmen.  Mittels BPlan soll vorliegend ein Dorfgebiet gem. § 5 BauNVO ausgewiesen werden. Die Zweckbestimmung eines Dorfgebietes ist gem. § 5 Abs. 1 BauNVO die „Unterbringung der Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, das Wohnen, die Unterbringung von nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben sowie der Versorgung der Bewohner des Gebietes dienenden Handwerksbetriebe“. Auf die Belange der Landwirtschaft ist dabei vorrangig Rücksicht zu nehmen.  Grundsätzlich ist bei der Ausweisung eines Dorfgebietes, und insbes. Bei der vollständigen Neuausweisung eines Gebietes, von einem gleichwertigen Nebeneinander der vg. 3 Hauptfunktionen auszugehen. Darazs folgt zwar nicht, dass diese im exakt gleichen Mischungsverhältnis vorhanden sein müssen; jedoch ist das Vorhandensein aller 3 Nutzungsarten mit einem „angemessen städtebaulichen Gewicht“ und der entsprechenden „Prägung des Gebietes“ zwingend erforderlich. Die Ansiedlung einer (kleinen) landwirtschaftlichen Wirtschaftsstelle sowie eines (kleinen) gewerblichen Betriebes reichen bei der Gesamtgröße des Plangebietes deutlich nicht aus.  Diesen vorgenannten Ansprüchen genügt die vorgesehene Planung nicht. Wie bereits oben ausgeführt ist aus der Begründung zum BPlan eindeutig zu erkennen, dass die Gemeinde eigentlich eine Wohnbebauung anstrebt. Untermauert wird dies dadurch, dass das bestehende allgemeine Wohngebiet „Auf’m hohlen Weg“ augenscheinlich nur weitergeführt werden soll. Die Erschließungsstraßen dieses Gebietes werden lediglich „verlängert“, jedoch in einer noch geringeren Breite, die eine Befahrbarkeit mit landwirtschaftlichen oder gewerblichen Fahrzeugen nicht nur erschweren, sondern nahezu unmöglich erscheinen lassen. Gleiches gilt für die überbaubare Flächen des geplanten Gebietes. Diese sind mit einer Grundstückstiefe von lediglich 16 m zur Ansiedlung von gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieben ungeeignet.  Insgesamt erscheint offensichtlich, dass durch die vorgelegte Planung eine nahezu reine Wohnbebauung zur Errichtung von 1 oder 2-Familienhäusern umgesetzt werden soll; nicht jedoch die Ansiedlung gewerblicher Betriebe und landwirtschaftlicher Wirtschaftsstellen.  Soll jedoch die wahre Planungsabsicht (Wohnbebauung) in einem dafür ungeeigneten Gebietstypus (hier Dorfgebiet) umgesetzt werden, ist die Planung nicht erforderlich im Sinne des § 1 Abs.3 BauGB und durch deren Umsetzung würde ein sog. „Etikettenschwindel“ beschlossen.  Die vorgesehene Planung wäre jedoch auch aus raumordnerischen Gesichtspunkten nicht statthaft, da diese mit den Vorgaben des in Aufstellung befindlichen regionalen Raumordnungsplan (ROPneu) nicht vereinbar ist (sog. Schwellenproblematik).  Die Schwellenwerte (Kap. II.2.5 ROPneu) legen die Obergrenze der weiteren Wohnbauflächenentwicklung auf Ebene des Flächennutzungsplans fest. Die Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues hat in ihrer Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP) im Rahmen der Festlegung von Wohn- und Mischbauflächen den zulässigen Schwellenwert eingehalten. Bei der entsprechenden Berechnung können/ dürfen gemischte Bauflächen, um eine solche handelt es sich vorliegend im FNP, nur zu ½ auf die Schwellenwerte angerechnet werden, da diese grundsätzlich auch nur zu ½ zur Wohnbauflächenentwicklung zur Verfügung stehen.  Würde nach einer Ausweisung eines Dorfgebietes dieses überwiegend oder vollständig mit Wohngebäuden bebaut, wäre dies sowohl gegen die Festlegung des FNP als auch gegen die Zielfestsetzung des ROPneu anzusehen.  **Aus vorgenannten Gründen kann der beabsichtigten Planung der Ortsgemeinde Lieser seitens der unteren Landesplanungsbehörde nicht zugestimmt werden.**  Der Ortsgemeinde Lieser wird empfohlen, die beabsichtige Planung dahingehend zu ändern, dass ein entsprechend flächenmäßig verkleinertes „Allgemeines Wohngebiet“ gem. § 4 BauNVO ausgewiesen wird. Die dazu erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans kann im Rahmen einer Einzelfortschreibung (schnellste Variante) oder im Rahmen der 1. Gesamtfortschreibung umgesetzt werden.  Ob der derzeit im Planbereich befindliche landwirtschaftliche Betrieb mit in die Planung einbezogen wird, sollte ggf. nochmals überdacht werden. Es erscheint auch möglich, diesen außerhalb des Planbereichs zu belassen und entsprechende Schutzfestsetzungen (Lärm, Geruch) für eine angrenzende Wohnbebauung nach den Vorschriften des § 1 Abs. 4 BauNVO festzulegen. Hier empfehle ich eine entsprechende planerische Einschätzung einzuholen.  Auf eine eingehende weitere bauleitplanerische Prüfung der vorgelegten Unterlagen wird aufgrund der oben geschilderten Problematik vorerst verzichtet.  Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.  **Naturschutzfachliche Stellungnahme:**  Die Ortsgemeinde Lieser möchte den o.a. Bebauungsplan erlassen. Auf der Grundlage der vorgelegten Unterlagen wurden der Beirat für Naturschutz und die anerkannten Naturschutzverbände beteiligt.  Aus naturschutzfachlicher Sicht ist die Planung im Rahmen der o.g. Verfahrensschritte, wie folgt, zu beurteilen:  Derzeit besteht das Gebiet aus Grünland, Weinbergen, Streuobstbrachen und einem Feldgehölz. Es ergibt sich eine Neuversiegelungsfläche von 12.570 m². Aufgrund des vielfältigen Lebensraumangebots haben sich diverse, auf der Rote Liste auftauchende Vogelarten angesiedelt (Neuntöter, Klappergrasmücke, Bluthänfling, Goldammer). Weiterhin konnten 12 Fledermausarten nachgewiesen werden. Eine besondere Bedeutung als Jagdhabitat und Transferraum weist das Plangebiet für die Arten Zwergfledermaus, Bartfledermäuse und das Artpaar Langohrfledermaus auf. Zur Kompensation des Lebensraumverlustes und der Flächenversiegelung soll am nördlichen Rand des Geltungsbereiches eine Gehölzpflanzung mit der Einbindung von Obstbäumen und außerhalb des Geltungsbereiches die Ausweisung einer extensiv zu nutzendenGrünlandfläche mit Gehölzpflanzung erfolgen. Unter Punkt 8 des Umweltberichtes wird aufgeführt, dass für die Kompensation noch eine Restfläche von ca. 6.350 m² zu leisten ist. Diese  Restfläche ist zum Verfahren einer Öffentlichkeitsbeteiligung nachzureichen.  Dem Vorschlag des Fledermausgutachters im Norden des Geltungsbereiches einen Transferkorridor in Form einer Gehölzpflanzung zu schaffen, wurde nur teilweise gefolgt. Die Dimensionierung ist deutlich kleiner als vorgeschlagen und kann in diesem Ausmaß nicht mehr den geforderten Ausgleich zum Lebensraumverlust erfüllen. Somit muss davon ausgegangen werden, dass es durch die Umsetzung der aktuellen Planung zu artenschutzrechtlichen Verbotsbeständen kommen wird. Aus artenschutzrechtlicher Sicht ist daher eine Anpassung der Planung notwendig. Dies wurde ebenfalls von Naturschutzbeirat, NABU und BUND gefordert.  Des Weiteren wurde im nordwestlichen Teil des Plangebietes eine nach § 15 LNatSchG bzw. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Glatthaferwiese mit einer Größe von ca. 1000 m² kartiert.  Für den Verlust dieser Fläche wurde bereits ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung gemäß § 30 Abs. 3 und 4 BNatSchG gestellt. Eine geeignete Ausgleichsfläche mit einer Größe von ca. 3100 m² wurde im Norden des Plangebietes gefunden. Grundsätzlich folgt die Vorgehensweise den rechtlichen Bestimmungen und ist aus naturschutzfachlicher Sicht nachvollziehbar.  Jedoch bitte ich zu überdenken, ob auf die Ausweisung des gesetzlich geschützten Grünlandes als Baufläche verzichtet werden kann. Es handelt sich um eine recht kleine Fläche, die ggf. zusätzlich aufgewertet (z.B. von Status C zu A) und somit ebenfalls als Kompensationsfläche für das geplante Baugebiet herangezogen werden könnte. Da die Ausweisung eines Bebauungsplanes im westlichen Bereich ebenfalls aufgrund der bauleitplanerischen Problematik angezweifelt wird, bitte ich um Abwägung und Alternativenprüfung.  Aus diesem Grund wird die Erteilung der Ausnahmegenehmigung gemäß § 30 Abs. 3 und 4 BNatSchG bis zum Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) zurückgestellt.  Da eine vollständige Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft auf der Eingriffsfläche nicht möglich ist, wurde eine externe Kompensationsfläche festgelegt. Bauplanungsrechtlich existieren primär 2 Lösungsmöglichkeiten:  Bebauungsplan mit geteiltem Geltungsbereich Gesonderter Kompensationsbebauungsplan zusätzlich zum Eingriffsbebauungsplan.  Sollte keine dieser beiden Varianten möglich sein, kann die Sicherung der externen Kompensationsfläche auch per Grundbucheintrag und städtebaulichem Vertrag erfolgen. Diese sind der Unteren Naturschutzbehörde dann ebenfalls als Nachweis vorzulegen.  Da die Landeskompensationsverzeichnisverordnung (LKompVzVO) auch für Bebauungspläne gilt, ist darauf zu achten, dass der Bebauungsplan (mit Eingriffsort und Kompensationsmaßnahmen) spätestens zur Zulassung des Planes in das landesweite KomOnServicePortal (KSP) einzutragen ist. Die Genehmigungsbehörde hat die hierfür erforderlichen Angaben unter Beachtung der elektronischen Vorgaben nach § 6 LKompVzVO spätestens zur Erteilung der Zulassung an die Eintragungsstelle (UNB) zu übermitteln.  Unter der Kennung „EIV-112022-MKGNRQ“ wurde im KSP bereits ein Roh-EIV angelegt, welches weiterbearbeitet werden kann.  **Stellungnahme vorbeugender Brandschutz:**  Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen gegen die o. g. Bauleitplanung keine Bedenken, sofern nachfolgende Punkte bei der konkreten Umsetzung des Bebauungsplans beachtet werden:   1. Im Brandfall muss eine wirksame Brandbekämpfung möglich sein. Eine ausreichende Löschwassermenge muss deshalb zur Verfügung stehen. Die bereitzustellende Löschwassermenge ist nach dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW-Regelwerkes, Ausgabe Feb. 2008, zu bestimmen. (DVGW = Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.). In der Regel sind für Dorfgebiete 800 l/min über einen Zeitraum von 2 Stunden zur Verfügung zu stellen. 2. In Abständen von höchstens 150 m sind Hydrant für Feuerlöschzwecke (gem. DIN EN 14339 bzw. DIN EN 14384) anzuordnen. 3. Stichstraßen die länger als 50 m sind, müssen mit einer Wendemöglichkeit für Feuerwehrfahrzeuge ausgestattet sein. 4. Für die Abmessungen von Wendemöglichkeiten sind mindestens die Maße der „Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen - RASt 06“ anzuwenden. Als Feuerwehrfahrzeug ist ein (H)LF 20 (DIN 14 530, Teil 11) mit einer Länge von 8,60 m zugrunde zu legen. |

1. **Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) werden zum oben genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben:  **Bergbau / Altbergbau:**  Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass im Bereich des ausgewiesenen Bebauungsplanes "Hinter Goldschmitsgraben" kein Altbergbau dokumentiert ist und aktuell kein Bergbau unter Bergaufsicht erfolgt.  Es erfolgte keine Prüfung der Ausgleichsflächen in Bezug auf Altbergbau. Sofern die Ausgleichsmaßnahmen den Einsatz von schweren Geräten erfordern, sollte hierzu eine erneute Anfrage zur Ermittlung eines möglichen Gefährdungspotenzials erfolgen.  **Boden und Baugrund**  **– allgemein:**  Der Hinweis auf die einschlägigen Bodenschutz- und Baugrund-Normen sowie die Empfehlung von objektbezogenen Baugrunduntersuchungen mit Überprüfung der Hangstabilität in den Textlichen Festsetzungen unter 3.3 werden fachlich bestätigt.  - **mineralische Rohstoffe:**  Sofern es durch weitere evtl. erforderliche landespflegerische Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes zu keinerlei Überschneidungen mit der rohstoffgeologischen Fachplanung kommt, die im Rahmen der Novellierung des RROP der zuständigen Planungsgemeinschaft vorliegt, bestehen aus der Sicht der Rohstoffsicherung gegen das geplante Vorhaben keine Einwände. |

1. **Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung Niederlassung Trier**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | im Bereich der aufgeführten Maßnahme befinden sich keine Liegenschaften des Landes, des Bundes oder der Gaststreitkräfte, welche von der ***Maßnahme jetzt betroffen,*** und vom **Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Trier,** zu betreuen sind. |

1. **Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Außenstelle Trier**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | die Gemeinde Lieser möchte ein Baugebiet von rund 2,85 ha ausweisen. Die Fläche ist bereits im FNP als Mischgebiet dargestellt.  Gegen die Ausweisung als Mischgebiet bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.  Wir möchten darauf hinweisen, dass bereits eine weinbauliche Nutzung innerhalb der Gebietskulisse vorhanden ist und aufgrund dessen die Ausweisung eines Mischgebietes zwingend als notwendig angesehen wird. Eine Ausweisung als WA kommt hier aufgrund der entstehenden Gemengelage nicht in Frage und wird unsererseits abgelehnt.  Als externe Ausgleichsmaßnahme ist die Fläche Gemarkung Lieser, Flur 27 Nummer 78 vorgesehen. Auf dieser Fläche sind Gehölzpflanzungen vorgesehen. Die Fläche ist im Entwurf des Regionalen Raumordnungsplans Region Trier, Stand 2014, als Vorrangfläche Landwirtschaft ausgewiesen. Die umliegenden Flächen weisen alle bis zu 58 Bodenpunkte auf und stellen damit herausragende Standorte für die Landwirtschaft dar.  Aufgrund dessen wird diese Fläche für naturschutzfachliche Kompensationszwecke aus agrarstrukturellen Bedenken abgelehnt. |

1. **Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | zu dem Bebauungsplanentwurf äußere ich mich wie folgt:  Vom Plangebiet wird kein Wasserschutzgebiet und kein Oberflächengewässer betroffen.  **Bodenschutz / Altlasten**  Vorbemerkungen  Nach § 6 Abs. 1 Landesbauordnung (LBauO) dürfen Grundstücke, die mit umweltge­fährdenden Stoffen belastet sind, nur bebaut werden, wenn von Ihnen keine Gefähr- dungen für die Umwelt, insbesondere die menschliche Gesundheit, ausgehen oder die Gefährdung nach Art der vorgesehenen Bebauung unschädlich ist.  Aus den eingereichten Unterlagen geht hervor, dass das überplante Gelände teilweise weinbaulich genutzt wurde. Es besteht daher der begründete Verdacht, dass dort die langjährige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (Organchlorpestizide, Arsen und Kupfer) sowie die Nutzung von imprägnierten Weinbergspfählen (potentielle Schad­stoffe in Holzschutzmitteln: Schwermetalle, PAK, PCB und Organochlorpestizide) zu Einträgen und einer Anreicherung von Schadstoffen im Boden geführt haben könnte.  Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes muss sichergestellt sein, dass keine Beein­trächtigungen der Bodenfunktionen vorliegen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit her­beizuführen (§ 2 Abs. 3 BBodSchG). Ferner muss die generelle Bebaubarkeit, die An­forderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Belange des Um­weltschutzes im Sinne des § 1 BauGB gewährleistet sein.  Der „Erlass zur Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren" ist im BP-Ver­fahren zu berücksichtigen.  Parameter unter Beachtung der in der BBodSchV angegebenen Extraktionsverfahren und Methoden zu untersuchen:   * Arsen, Blei, Cadmium, Nickel, Quecksilber, Kupfer, Thallium und Chrom   Bestimmung der anorganischen Schadstoffe aus dem Königswasserextrakt nach DIN ISO 11466, 06/97, dem Ammoniumnitratextrakt nach DIN 19730, 06/97 und den in der BBodSchV im Anhang 1, Nummer 3.1.3, Tabelle 4 genannten Metho­den.   * Cyanide   Bestimmungen nach E DIN ISO 11262, 06/94   * Aldrin, PAK [1-16], DDT, Hexachlorbenzol   Bestimmung der organischen Schadstoffe mit den in der BBodSchV in Anhang 1, Nummer 3.1.3, Tabelle 5 der BBodSchV angegebenen Bodenextrakten und Me­thoden.  (  Die Untersuchungsergebnisse sind hinsichtlich der im Anhang 2 der BBodSchV genannten Wirkpfade „Boden-Mensch" und „Boden-Nutzpflanze" zu bewerten.  Bezüglich des Parameters Kupfer ist ergänzend zu den in der BBodSchV genannten Prüfwerten für den Wirkpfad „Boden-Mensch" und „Boden-Nutzpflanze-Mensch" der Maßnahmenwert von 200 mg/kg TM (Königswasser-Extrakt) heranzuziehen.  Liegen die Gesamtgehalte im Ober- und Unterboden jeweils unter den Prüf- und Vor­sorgewerten sind keine weiteren Maßnahmen hinsichtlich des Kontaktes des Men­schen mit dem Boden und hinsichtlich des Transfers Boden-Nahrungspflanze erfor­derlich. Es gelten die weiter unten aufgeführten textlichen Festsetzungen.  Sollten bei Probenahmen Gehalte über den Prüf- und Vorsorgewerten angetroffen werden, ist unverzüglich die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirt­schaft, Bodenschutz Trier zu informieren und eine erneute Stellungnahme zu beziehen.  Erhöhte Schadstoffgehalte können in künftigen Nutzgärten zu Gefahren hinsichtlich des Wirkpfades „Boden-Mensch" und „Boden-Nutzpflanze-Mensch" führen. Weiterhin ergeben sich aufgrund der bodenschutz- und abfallrechtlichen Bestimmungen bei er­höhten Schadstoffgehalten Einschränkungen bei der Verwertung von Bodenaushub-massen.  Aufgrund der weinbaulichen Vornutzung bestehen Anhaltspunkte für das Vorliegen ei­ner schädlichen Bodenveränderung im Sinne des § 3 Abs. 2 Bundes-Bodenschutz-und Altlastenverordnung (BBodSchV). Daher rate ich an, orientierende Bodenuntersuchungen (mindestens 3 Stück) im Horizont 0 bis 30 cm im Plangebiet durchzuführen. Bei der Festlegung des Beprobungsrasters bzw. der erforderlichen Anzahl der Boden­proben für den o.g. Horizont sind die diesbezüglichen Vorgaben des Anhangs 1, Num­mer 2 der BBodSchV zu beachten. Die entnommenen Bodenproben sind auf folgende Parameter unter Beachtung der in der BBodSchV angegebenen Extraktionsverfahren und Methoden zu untersuchen:   * Arsen, Blei, Cadmium, Nickel, Quecksilber, Kupfer, Thallium und Chrom   Bestimmung der anorganischen Schadstoffe aus dem Königswasserextrakt nach DIN ISO 11466, 06/97, dem Ammoniumnitratextrakt nach DIN 19730, 06/97 und den in der BBodSchV im Anhang 1, Nummer 3.1.3, Tabelle 4 genannten Metho­den.   * Cyanide   Bestimmungen nach E DIN ISO 11262, 06/94   * Aldrin, PAK [1-16], DDT, Hexachlorbenzol   Bestimmung der organischen Schadstoffe mit den in der BBodSchV in Anhang 1, Nummer 3.1.3, Tabelle 5 der BBodSchV angegebenen Bodenextrakten und Me­thoden.  (  Die Untersuchungsergebnisse sind hinsichtlich der im Anhang 2 der BBodSchV ge­nannten Wirkpfade „Boden-Mensch" und „Boden-Nutzpflanze" zu bewerten.  Bezüglich des Parameters Kupfer ist ergänzend zu den in der BBodSchV genannten Prüfwerten für den Wirkpfad „Boden-Mensch" und „Boden-Nutzpflanze-Mensch" der Maßnahmenwert von 200 mg/kg TM (Königswasser-Extrakt) heranzuziehen.  Liegen die Gesamtgehalte im Ober- und Unterboden jeweils unter den Prüf- und Vor­sorgewerten sind keine weiteren Maßnahmen hinsichtlich des Kontaktes des Men­schen mit dem Boden und hinsichtlich des Transfers Boden-Nahrungspflanze erfor­derlich. Es gelten die weiter unten aufgeführten textlichen Festsetzungen.  Sollten bei Probenahmen Gehalte über den Prüf- und Vorsorgewerten angetroffen werden, ist unverzüglich die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirt­schaft, Bodenschutz Trier zu informieren und eine erneute Stellungnahme zu bezie­hen.  Weitere Informationen bzgl. der Berücksichtigung von Kupfer in Weinbergsböden bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren können der auf der Internet-seite des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität veröffentlichten Nachricht des Gemeinde- und Städtebundes (GStB-Nachricht Nr. 0094 vom 26.04.2013, Az.: 610-11,611-17,672-10 RB/sr) und den dazugehörigen Anlagen (LUFA Stellungnahme.pdf, Stellungnahme Landesamt.pdf und Erlass FM 2002.pdf) entnommen werden:  Startseite MKUEM (<https://mkuem.rlp.de/):>   * Themen * Klima- und Ressourcenschutz * Bodenschutz * Rundschreiben und Arbeitshilfen * Rundschreiben für den Bodenschutzvollzug * 2013 - Kupfer in Weinbergsböden — Berücksichtigung bei der Bauleitplanung und in Baugenehmigungsverfahren   Textliche Festsetzungen  1. Für den Bereich des Bebauungsplans sind keine Altablagerungen, Rüstungsalt-standorte, militärische Altstandorte oder gewerblich-industrielle Altstandorte im Bo-deninformationssystem/Bodenschutzkataster (BISBoKat) kartiert.  2 Das Vorhandensein nicht registrierter Altablagerungen, Rüstungsaltstandorte, mili­tärischer Altstandorte und gewerblich-industrieller Altstandorte sowie das Auftreten von Auswertungsfehlern oder Abweichungen (z. B. aufgrund zwischenzeitlich ge­änderter Flurbezeichnungen) kann nicht ausgeschlossen werden. Die Überprüfung der SGD Nord beinhaltete lediglich die in dem jeweiligen Kataster erfassten Flä­chen.  3. Sollten bei Baumaßnahmen Abfälle (z. B. Bauschutt, Hausmüll etc.) angetroffen werden oder sich sonstige Hinweise (z. B. geruchliche/visuelle Auffälligkeiten) er­geben, ist die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Boden­schutz Trier umgehend zu informieren (Anzeigepflicht gem. § 5 Abs. 1 LBodSchG).  **Starkregenvorsorge**  Mit der Rückhaltung auf den privaten Grundstücken und dem zusätzlichen zentralen Rückhaltebecken wird Sorge getragen, dass sich der Zufluss von Oberflächenwasser in den Wiesgraben und die Ortslage gegenüber dem jetzigen Zustand jedenfalls nicht erhöht, wenn die Rückhaltungen plangemäß umgesetzt und instandgehalten werden.  Das Hochwasserinfopaket des Landesamtes für Umwelt stellt eine Abflusskonzentra­tion nach Starkregen zwar nur am Nordrand des Plangebietes dar. Oberflächenwas­ser kann dem Gebiet aber auch diffus von den Hängen im Westen zufließen. Aus Sicht der Starkregenvorsorge empfehle ich deshalb, entsprechende Hinweise zum baulichen Objektschutz und zur angepassten Bauweise in den Bebauungsplan aufzu­nehmen.  **Abwasserbeseitigung (Schmutz- und Niederschlagswasser)**  Die Ortsgemeinde/Ortslage Lieser ist abwassertechnisch an die mechanisch-biologi-  sche Gruppenkläranlage "Unteres Liesertal" (Ausbaugröße 22.270 EW) angeschlos-  sen.  Entsprechende Reserven liegen nach Einschätzung unseres Hauses noch vor.  Die Schmutzwasserbeseitigung des Planbereiches ist somit als gesichert anzusehen.  Bei der vorgesehenen Aufstellung des o.a. B-Planes ist folgendes zu berücksichtigen:   * Der abwassertechnische Anschluss (nur Schmutzwasser) über die örtliche Kanali­sation an diese zentrale Kläranlage ist vorzusehen. Die örtliche Abwassersatzung ist zu beachten. * Es sind alle vertretbaren Möglichkeiten einer Niederschlagswasserverwertung und -versickerung bzw. Zwischenspeicherung auszuschöpfen. Neue Flächenbefesti­gungen sind wasserdurchlässig herzustellen. * Mit dem bereits vorgelegten Entwässerungskonzept der Niederschlagswasserbe-wirtschaftung (VORENTWURF mit Stand vom 20.10.2022) des Ingenieurbüros Grahneis, Mülheim/Mosel besteht in wasserwirtschaftlicher Hinsicht Einverständ­nis. |

1. **Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Regionalstelle Gewerbeaufsicht**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Ziel der Ortsgemeinde Lieser ist es, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zum Neubau von vorrangig Einfamilienwohnhäusern bzw. Doppelwohnhäusern zu schaffen, geplant sind ca. 23 Baustellen. Die von der Planung betroffenen Grundstücke befinden sich derzeit im bauplanungsrechtlichen Außenbereich, weshalb die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich ist, welcher im vorliegenden Fall ein „Dorfgebiet“ (MD) nach § 5 Baunutzungsverordnung (BauNVO) festsetzen soll.  Davon ausgehend wären im Plangebiet zukünftig die zulässigen Immissionsrichtwerte für Lärm nach Nr. 6.1 Buchstabe „d“ der Sechsten allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) von tags 60 dB(A) und nachts 45 dB(A) maßgeblich. Ferner wäre zu nächst von einem zulässigen Immissionswert für Geruchsimmissionen (relative Geruchstundenhäufigkeit) nach Anhang 7 Nr. 3.1 der Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) in Höhe von max. 15% der Jahresstunden auszugehen.  Aus Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes wird gebeten, folgende Anregung zu berücksichtigen:  Nach § 5 Abs. 1 BauNVO dienen Dorfgebiete der Unterbringung der Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, dem Wohnen und der Unterbringung von nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben sowie der Versorgung der Bewohner des Gebiets dienenden Handwerksbetrieben. Auf die Belange der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe einschließlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten ist vorrangig Rücksicht zu nehmen. Die Nutzungsmischung muss in etwa gleichgewichtig sein.  In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Realisierung von Wohnnutzungen sowie gewerblichen und landwirtschaftlichen Nutzungen entsprechend dem Nutzungskatalog des § 5 BauNVO im Plangebiet sichergestellt sein muss (Typenzwang). So muss beispielsweise eine ausreichend große Parzellierung vorgesehen sein, die eine entsprechende Bebauung realistisch erscheinen lässt.  *„Ein Plangeber, der ein Mischgebiet festsetzt, muss […] das gesetzlich vorgesehene gleichberechtigte Miteinander von Wohnen und Gewerbe auch wollen oder zumindest sicher voraussehen, dass sich in dem fraglichen Gebiet eine solche Durchmischung einstellt. Wenn er dagegen ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe gar nicht anstrebt oder wenn eine solche Entwicklung wegen der vorhandenen Bebauung oder aufgrund sonstiger Festsetzungen im Bebauungsplan faktisch nicht zu erreichen ist, stellt die Festsetzung des Mischgebiets einen städtebaulich nicht gerechtfertigten „Etikettenschwindel“ dar“ (vgl. BayVGH, Urt. v. 03.04.2007 - 25 N 03.1282 -, juris, RdNr. 17, m.w.N. – Festsetzung eines Mischgebietes).*  Dies dürfte analog auch für den Fall der Festsetzung eines Dorfgebietes gelten.  Es liegt die Vermutung nahe, dass die Ortsgemeinde Lieser kein Gebiet mit dem typischen Nebeneinander von Wohnnutzung, gewerblicher und landwirtschaftlicher Nutzung ausweisen möchte. Die bisherige Planung lässt dies für uns zumindest nicht er- kennen, im Gegenteil. Unter lfd.-Nr. 4.1 der Begründung zum Bebauungsplan wird, wie eingangs bereits erwähnt, dargelegt, dass zukünftig vorrangig Wohnnutzungen realisiert werden sollen.  Unter lfd.-Nr. 1.3 der textlichen Festsetzungen ist nur von Einzel- und Doppelhäusern die Rede, was sich auch mit den Größenangaben der Baufenster in der Planzeichnung deckt. Außerdem wird unter lfd.-Nr. 3.7 hinsichtlich dem Einsatz von Klima-, Kühl- und Lüftungsgeräten sowie Luft-Wärmepumpen bereits Bezug auf ein „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) nach § 4 BauNVO genommen, was im Falle einer Festsetzung eines Allgemeines Wohngebiet von hier aus grundsätzlich begrüßt wird.  Möglicherweise wird durch die Ausweisung eines Dorfgebietes nicht angestrebt, die Ansiedlung gewerblicher und landwirtschaftlicher Betriebe im Plangebiet zu ermöglichen. Vielmehr könnte beabsichtigt sein, so die Schutzwürdigkeit der zukünftigen Wohnbebauung gegenüber Lärm- und Geruchsimmissionen mit Rücksicht auf bereits bestehende gewerbliche oder landwirtschaftliche Nutzungen innerhalb und außerhalb des Plangebietes zu verringern.  *„Bei der Ausweisung eines Mischgebiets handelt es sich um einen derartigen Etikettenschwindel, wenn diese Gebietsfestsetzung offensichtlich nicht ernsthaft gewollt, sondern nur vorgeschoben ist, um ein auf dem Papier stimmiges Konzept einzuhalten“ (vgl. OVG RP, Urt. v. 21.10.2009 – 1 C 10150/09.OVG – juris, RdNr. 25; VGH BW, Urt. v. 17.05.2013, a.a.O., RdNr. 34, m.w.N.).*  *„Dies ist etwa der Fall, wenn die Verwirklichung einer mischgebietstypischen Durchmischung des Gebiets im Sinne des gesetzlich vorgesehenen gleichberechtigten Miteinanders von Wohnen und Gewerbe gar nicht gewollt ist, sondern die Mischgebietsfestsetzung nur aus Gründen des Immissionsschutzes als „Pufferzone“ zwischen gewerblicher und Wohnnutzung erfolgt“ (OVG RP, Urt. v. 21.06.2017 – 8 C 10068/17 –, juris, RdNr. 49, m.w.N.; OVG SH, Urt. v. 18.05.2017 – 1 KN 7/15 –, juris, RdNr. 55; Söfker, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg, BauGB, § 6 BauNVO RdNr. 15).*  *Dies dürfte analog auch für den Fall der Festsetzung eines Dorfgebietes gelten.*  Sofern die Vermutung zutreffend sein sollte wird der Ortsgemeinde Lieser von hier aus empfohlen, die Planung dahingehend anzupassen. Beispielsweise könnte für die Bereiche entlang der Richard-Wagner-Straße sowie entlang der Schubertstraße wenigstens ein „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) nach § 4 BauNVO festgesetzt werden.  Entlang der Mozartstraße könnte die Festsetzung eines „Dorfgebietes“ (MD) nach § 5 BauNVO aufgrund der bereits vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung weiterhin bestehen bleiben.  Im Bereich des Allgemeinen Wohngebietes wären die zulässigen Immissionsrichtwerte für Lärm nach Nr. 6.1 Buchstabe „e“ der TA Lärm von tags 55 dB(A) und nachts 40 dB(A) maßgeblich. Ferner wäre hier zunächst von einem zulässigen Immissionswert für Geruchsimmissionen (relative Geruchsstundenhäufigkeit) nach Anhang 7 Nr. 3.1 TA Luft in Höhe von max. 10% der Jahresstunden auszugehen.  Diese Immissionsrichtwerte sind im Übrigen auch für die bereits bestehende Wohnbebauung im südlichen Bereich entlang der Richard-Wagner-Straße, der Schubertstraße, der Mozartstraße sowie der Schlossbergstraße maßgeblich. Insofern wäre die Bebauung entlang der Schubertstraße wie auch die Bebauung im südlichen Bereich entlang der Mozartstraße (jeweils Allgemeines Wohngebiet) bei zukünftigen Bauvor- haben im nördlichen Bereich der Mozartstraße (Dorfgebiet) als maßgebliche Immissionsorte zu berücksichtigen. |

1. **Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Von Seiten der Verbandsgemeinde Thalfang bestehen keine Bedenken gegen die vorgelegte Planung. |

1. **Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Danke für die Beteiligung. Wir wünschen viel Erfolg bei der Entwicklung des Gebietes |

1. **Verbandsgemeinde Traben-Trabach**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Von Seiten der VG Traben-Trabach bestehen keinerlei Bedenken gegen das im Betreff genannte Bebauungsplanverfahren. |

1. **Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Verfahren.  Von unserer Seite werden keine Bedenken gegen die Planung vorgebrach |

1. **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Mosel-Saar-Lahn, Standort Trier**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | gegen den Bebauungsplan „Hinter Goldschmitsgraben“ in der Ortsgemeinde Lieser bestehen keine Bedenken.  Es werden keine vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Mosel-Saar-Lahn zu vertretenden Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes berührt.  Planungen oder sonstige Maßnahmen in dem ausgewiesenen Plangebiet bestehen seitens des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Mosel-Saar-Lahn nicht. |

Zudem lag der Vorentwurf des Bebauungsplans gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 04.11.2022 bis einschließlich 05.12.2022 bei der Verbandsgemeindeverwaltung Bernkastel-Kues zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

**Folgende Stellungnahmen wurden von der Öffentlichkeit abgegeben:**

1. **Privat 1**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Sehr geehrte Damen und Herren,  vor drei Jahren haben wir unseren neuen Weinkeller/-halle privilegiert im Außenbereich errichtet, da es innerorts keine geeignete Fläche zum Bebauen gab.  Unser Weinkeller stand schon bevor der Flächennutzungsplan fortgeschrieben wurde.  Für uns stellt sich nun die Frage, wie ein zukünftiges Neubaugebiet sich mit unserem Arbeitsalltag verhalten wird. Als Dorfgebiet ist die Landwirtschaft zwar ausdrücklich gewünscht, dennoch bringt diese Arbeit natürlich auch Abläufe mit sich, die von zukünftigen Bauherren bzw. Mietern evtl. als störend empfunden werden könnten. Hier möchten wir Lärm durch Maschinen, wie bspw. Traktoren, Kühlung oder Lüftung nennen, wie auch Gerüche durch bspw. Trester oder Gärgase. Ebenso finden auch Tätigkeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeiten statt. Wir leben zwar in einer Weinbauregion, so dass der Mehrheit der Menschen dies bewusst sein sollte, dennoch kommt es vor, dass sich der ein oder andere daran aufreibt und wir dies daher vorher zur Sprache bringen möchten.  Für uns und unseren Betrieb ist es von keinerlei Interesse im beplanten Gebiet integriert zu sein. Dies geschah auf Wunsch des Planers, um ein Dorfgebiet realisieren zu können. Dem gegenüber waren wir jederzeit offen eingestellt. Doch bis heute haben wir keinerlei verbindliche Aussagen erhalten, welche Konsequenzen dies für unser Grundstück und Gebäude haben würde. Hierzu haben Gespräche mit dem Ortsbürgermeister stattgefunden, der auch an die Verbandsgemeinde herangetreten ist.  Für uns stellt sich die Frage, ob die Beplanung des Bereichs MD2 und MD3 den allgemeinen Belangen dienlich sind oder einzelne Interessen verfolgen.  Folgende Aspekte sind bisher unbeantwortet:  -Erschließungskosten?  -Immission?  -Bestandsschutz bei den Themen Versiegelung, Entwässerung, Wiederkehrende Beiträge (Verkehrsanlagen)?  Im benachbarten geplanten MD2 sollen Mehrfamilienobjekte und mind. ein Gewerbe entstehen. Die Bedenken, dass Anwohner sich an unserer Arbeit stören, wurden oben bereits erläutert.  Unklar ist weiterhin, wie in MD2 gebaut werden soll und ob damit einhergehend die Straße unterhalb unserer Halle (Verlängerung Beethovenstraße) ausgebaut wird. Hier sehen wir nicht das Allgemeinwohl vordergründig, sondern die Interessen des Bauherrn des MD2. Für uns ist der landwirtschaftliche Weg (ohne Beleuchtung und Asphalt) vollkommen ausreichend. Die Kosten jedoch würden von allen Anliegern gezahlt werden müssen.  Oberhalb unseres Grundstückes sollen Einfamilienhäuser entstehen und die Verlängerung Mozartstraße soll vollzogen werden. Hier ist für die Länge unseres Grundstücks ein Grünstreifen geplant, der uns vom Baugebiet insofern abgrenzt, dass eine Erschließung straßenseitig nach unten nicht erfolgt. Auch hierzu benötigen wir noch eine schriftliche Bestätigung.  Ein Gutachten für die Stabilität unserer Böschung ist vorgesehen. Wir drängen auf eine Zusage, dass die Kosten hierfür nicht zu unseren Lasten gehen, ebenso eine eventuelle Hang-und Absturzsicherung bzw. Kostenübernahmen bei Schäden während der Bauphasen.  Auch betriebliche Erweiterungen auf dem Gelände zu landwirtschaftlichen Zwecken müssen weiterhin gewährleistet bleiben (bspw. Maschinenunterstand).  In Punkt 2.1 des Entwurfs des Bebauungsplans vom 28.10.22 heißt es, dass die Außenfassaden verputzt sein müssen, in unserem Fall gehen wir von Bestandsschutz aus.  Wir bitten um ausführliche und vollständige Auskunft zu den genannten Punkten, ebenso zu Aspekten, die uns betreffen, die wir noch nicht ermessen können. |

1. **Privat 2**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | die Projektgruppe „Starkregenvorsorge Lieser" bittet auf Basis eines Mehrheitsbeschlusses um Überprüfung und Änderung folgender Punkte im o.g. Bebauungsplan. Dabei geht es u.a. um die Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen Klimaschutz und Klimaanpassung in der Bauleitplanung der VG vom 1.9.22, die beim Beschluss des Verbandsgemeinderates vom September 2022 noch nicht berücksichtigt wurden, aber unbedingt Bestandteil der Planung sein müssen.  1) Im Starkregen- und Hochwasservorsorgekonzept des Ingenieurbüros Reihsner von 2021 wurde auf die besondere Starkregen- und Erosionsgefährdung des Gebiets hingewiesen. Daher sind zumindest die Wassermengen aus dem oberhalb liegendem, kleinem Quellgebiet zusätzlich zu berücksichtigen.,  2) Das geplante Rückhaltebecken mit gut 600 m3 Inhalt ist für 50 mm (= 50 Ltr/m2) Niederschlag ausgelegt. Der Starkregen vom Juni 1992 hatte z.B. 100 mm. Zudem ist die Effektivität des Beckens ungewiss, da die Versickerung aus dem Becken nur 10 m vom Paulsbach entfernt erfolgt und so die Möglichkeit der zeitlichen Überlagerung mit der Welle aus dem natürlichen Paulsbach-Einzugsgebiet besteht.  3) Alle Wassermengen müssen durch die Engstelle des Einlaufs der Paulsbach¬verrohrung nahe dem Kindergarten, wo bei Großschadensereignissen aufgrund einer Risikoeinschätzung auch Todesopfer nicht ausgeschlossen werden können. Deshalb sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Abflussverschärfung durch das Neubaugebiet auszugleichen bzw. zu minimieren. Seit dem Moselhochwasser vom Juli 2021 erscheint auch ein Zusammentreffen mit einem Starkregenereignis wie im Juni 1992 möglich. In einem solchen Fall würde das Unterdorf volllaufen, da Bachverrohrung und Pumpwerk überlastet wären.  4) Die Projektgruppe fordert deshalb zur Reduzierung der verschärften Regenwassserabflüsse:  a. Für alle Neubauten (wie in Trier (s. Anlage) und gemäß o.g. Handlungsempfehlungen der VG) begrünte Flachdächer vorzuschreiben. Flachdächer bieten zudem die Möglichkeit, PV-Anlagen nach Süden auszurichten, ermöglichen wegen der vorgeschriebenen Firsthöhe ein zusätzliches Wohngeschoss, können als Filter für eine nachgeschaltete Regenwassernutzung dienen und/oder ermöglichen eine Versickerung des Gründachüberlaufs, um so eine Regenwasserleitung einzusparen (die Versickerung eines unverminderten Ablaufs von Satteldächern ist wegen der Hanglage nicht machbar).  b. Dem ohnehin geplanten Rückhaltebecken ein weiteres von ca. 200 m3 vorzuschalten, dass allerdings gedichtet ist und für Winzer Bewässerungswasser bereitstellt.  c. Die Umsetzung des geplanten Rückhaltebeckens „Brückgraben" vorrangig anzugehen.  Ausführlichere Begründungen finden sich in dem beigefügten Vortrag, durch den die Starkregengruppe am 2.11. vor dem Bauausschuss zum Neubaugebiet Stellung genommen hatte. |

1. **Privat 3**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Sehr geehrte Damen und Herren,  der Bürgerschützenverein Lieser ist Eigentümer und Betreiber des Schießstandes, der sich westlich des beplanten Baugebietes befindet. Die Betriebserlaubnis für diese Anlage wurde 02.03.2015 durch die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich erteilt.  Gegen die Ausweisung und Erschließung des geplanten Baugebietes bestehen unsererseits keine Bedenken, sofern sichergestellt wird, dass die Anlage auch künftig in der jetzigen Form betrieben werden kann. |

1. **Privat 4**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Sehr geehrter Herr Servatius,  bekanntlich vertrete ich die rechtlichen Interessen des ***anonymisiert***.  Der Mandant ist Eigentümer des, an das künftige Plangebiet des Bebauungsplans „Hinter Goldschmitsgraben" angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Grundstücks Parz.-Nr. 2, das etwa zu 2/3 als Weinberg und der verbleibende 1/3 Anteil als Weinkeller mit Kelteranlage genutzt wird.  Namens und im Auftrage des Mandanten bringe ich folgende Einwendungen gegen den Planentwurf wie folgt vor:  1. Bereits die Veröffentlichung des Planentwurfs entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen des BauBG, was wie folgt ausgeführt werden soll:  Die Beteiligung der Öffentlichkeit entspricht hier nicht den Anforderungen des § 3 Abs. 2 BauBG.  Danach sind die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung und den, nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen, wobei auch die Dauer der Auslegung mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekanntzumachen ist.  Der Planentwurf erzeugt im Übrigen im Bereich des vorgesehenen Planabschnitts MD2 absehbare Konflikte und beruht daher auf Abwägungsfehlern.  Im Bereich MD2 weist der Entwurf zwei Baufenster aus, die eine verdichtete Wohnbebauung ermöglichen. Die hieran angrenzende landwirtschaftliche Nutzung des Grundstücks des Mandanten Parz.-Nr. 2 und die davon ausgehenden Immissionen sind von der Ortsgemeinde offenbar weder ermittelt noch bewertet worden.  Auf dem Grundstück des Mandanten befindet sich, wie ausgeführt, ein Weinberg nebst Kellereigebäude und Kelter.  Der Planentwurf sieht für die hieran angrenzenden Parz.-Nr. 112/1 sowie 112/2 eine intensive Wohnnutzung vor.  Nach Ziffer 1.5 der Textfestsetzung sind hier Wohngebäude mit je 6 Wohnungen zulässig, während in den übrigen Plangebieten nur solche mit 2 Wohnungen zulässig sind.  Im Bereich der Baufenster MD2 sind daher 7 bis 8 Wohngebäude mit jeweils 6 WE geplant und auch zulässig.  Das führt zu absehbaren Konflikten mit der immissionsträchtigen landwirtschaftlichen Nutzung des angrenzenden Grundstücks des Mandanten, denn auf der angrenzenden Weinbergfläche können Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen. Auch die lärmintensive Nutzung des Weinkellers, insbesondere in den Herbstmonaten erzeugt Konflikte mit der angrenzenden Wohnnutzung.  Derart verdichtete Wohnnutzung, wie sie hier im Plangebiet MD2 vorgesehen und ermöglicht wird, führt daher zu absehbaren Konflikten mit der landwirtschaftlichen Nutzung des angrenzenden Grundstücks des Mandanten.  Die vorgesehene Festsetzung von Baufenstern zum Zwecke der Wohnnutzung im Bereich MD2 in geringer Entfernung von dem landwirtschaftlich genutzten Grundstück des Mandanten, beruht, weil dies nicht gesehen worden ist, daher auf Ermittlungs- und Bewertungsfehlern.  Ferner ist nicht berücksichtigt, dass der Mandant sich dann anschließend gegenüber der näher rückenden Wohnbebauung nicht mehr auf die vorherige Rücksichtnahmepflicht auf seinen landwirtschaftlichen Betrieb berufen kann.  Der gleiche Nutzungskonflikt besteht mit dem landwirtschaftlich genutzten Grundstück Parz.-Nr. 115/1.  Auch hier befindet sich ein Weinbaubetrieb, der ursprünglich wegen der damit verbundenen Immissionen im Außenbereich legal errichtet worden ist.  Das Plangebiet MD2 grenzt daher gleich an zwei Seiten an Grundstücke an, deren landwirtschaftliche Nutzung durch die heranrückende Wohnbebauung gefährdet wird.  Es handelt sich hierbei um eine abwägungsfehlerhafte Konfliktplanung.  3. Es handelt sich nicht nur um eine abwägungsfehlerhafte Konfliktplanung, vielmehr ist die Planung auch deshalb, weil es sich bei der Planung im Bereich MD2 um eine Gefälligkeitsplanung handelt, auch um eine solche, die nicht erforderlich ist und daher mit § 1 Abs. 3 BauGB nicht zu vereinbaren ist.  Dem Vernehmen nach dient hier die verdichtete Wohnnutzungsmöglichkeit im Bereich MD2 allein den Interessen eines privaten Dritten.  Da sich eine Gefälligkeitsplanung im Interesse eines Einzelnen handelt, ist sie nicht erforderlich; der Planung fehlt daher das hierfür öffentliche Interesse.  4. Auf abwägungs- und bewertungsrechtlicher Fehlbeurteilung beruht nicht nur der Umstand, dass durch den landwirtschaftlichen Betrieb des Mandanten die Grenzwerte für Lärm- und Geruchsimmissionen in dem angrenzenden Bereich MD2 aller Voraussicht nach überschritten werden, sondern auch der aktuelle Bestand des Betriebes des Mandanten gefährdet und die Nutzung der Weinbergsfläche eingeschränkt und eine künftige Ausweitung unmöglich gemacht wird.  Das schutzwürdige betriebliche Erweiterungs- und Modernisierungsinteresse des Mandanten wurde weder gesehen noch bewertet.  Das Entwicklungspotential des landwirtschaftlichen Betriebes des Mandanten und der damit zusammenhängende Anlieferverkehr und der damit daraus resultierenden Lärmimmissionen finden in der Begründung des Bebauungsplans keiner Erwähnung und Berücksichtigung, obwohl die maßgeblichen Lärmrichtwerte der TA-Lärm zumindest in den Herbstmonaten durch die Nutzung des Weinbaubetriebes und des Weinkelterns deutlich überschritten werden.  Die Ausweisung eines Planbereichs, der eine verdichtete Wohnnutzung vorsieht, in unmittelbarer Nähe zum landwirtschaftlichen genutzten Grundstück des Mandanten, widerspricht im Übrigen auch dem Trennungsgrundsatz des § 50 BinSchG und verletzt das Abwägungsgebot des § 1 Abs. 7 BauBG, das darauf gerichtet ist, die wechselseitigen Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen und unverhältnismäßige und gleichheitswidrige Belastungen zu vermeiden.  5. Es ist kein Grund ersichtlich, dass eine verdichtete Wohnbebauung im Planbereich MD2 zugelassen wird, wo die künftigen Wohnbauflächen von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und Betrieben eingerahmt werden, was künftige Konflikte erwarten lässt.  Zudem wird ferner auch die fehlende Erschließung, insbesondere das östliche der beiden Baufenster im Bereich MD2 nicht gewürdigt.  Die Grundstücke grenzen hier an die Wirtschaftswegeparzelle Nr. 146/2 an, bei der es sich also nicht um eine Erschießungsstraße handelt.  Es ist zwar nicht vorgesehen, das Plangebiet über diesen landwirtschaftlichen Weg zu erschließen.  Absehbar wird jedoch dieser landwirtschaftliche Weg künftig als Erschließungsstraße genutzt werden, was zu weiteren Beeinträchtigungen der Nutzung des Grundstücks des Mandanten führen wird.  Bei der Planung einer verdichteten Wohnnutzung im Bereich MD2 von bis zu 60 Wohnungen handelt es sich daher um einen groben und offensichtlich planerischen Missgriff. |

1. **Privat 5**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Sehr geehrte Damen & Herren,  In Bezug auf vorgen. Bebauungsplan ist offensichtlich geplant, eine Vielzahl von Wohneinheiten im Bereich von MD2 zu erstellen.  Unser Grundstück befindet sich am Anfang der ausgebauten Verlängerung der Beethovenstraße Flur 23 Parz. 7 die bisher immer als Schloßbergstraße benannt wurde.  In Erwartung eines stark erhöhten Verkehrsaufkommens und komplett neuem Ausbau der Zuwegung ( Verlängerung Beethovenstraße ? bzw. Schloßbergstraße ) erschließt sich mir nicht, wer die Kosten der Maßnahme trägt.  Ich gehe daher davon aus, dass ich mit diesen Kosten nicht belastet werde. |

1. **Privat 6**

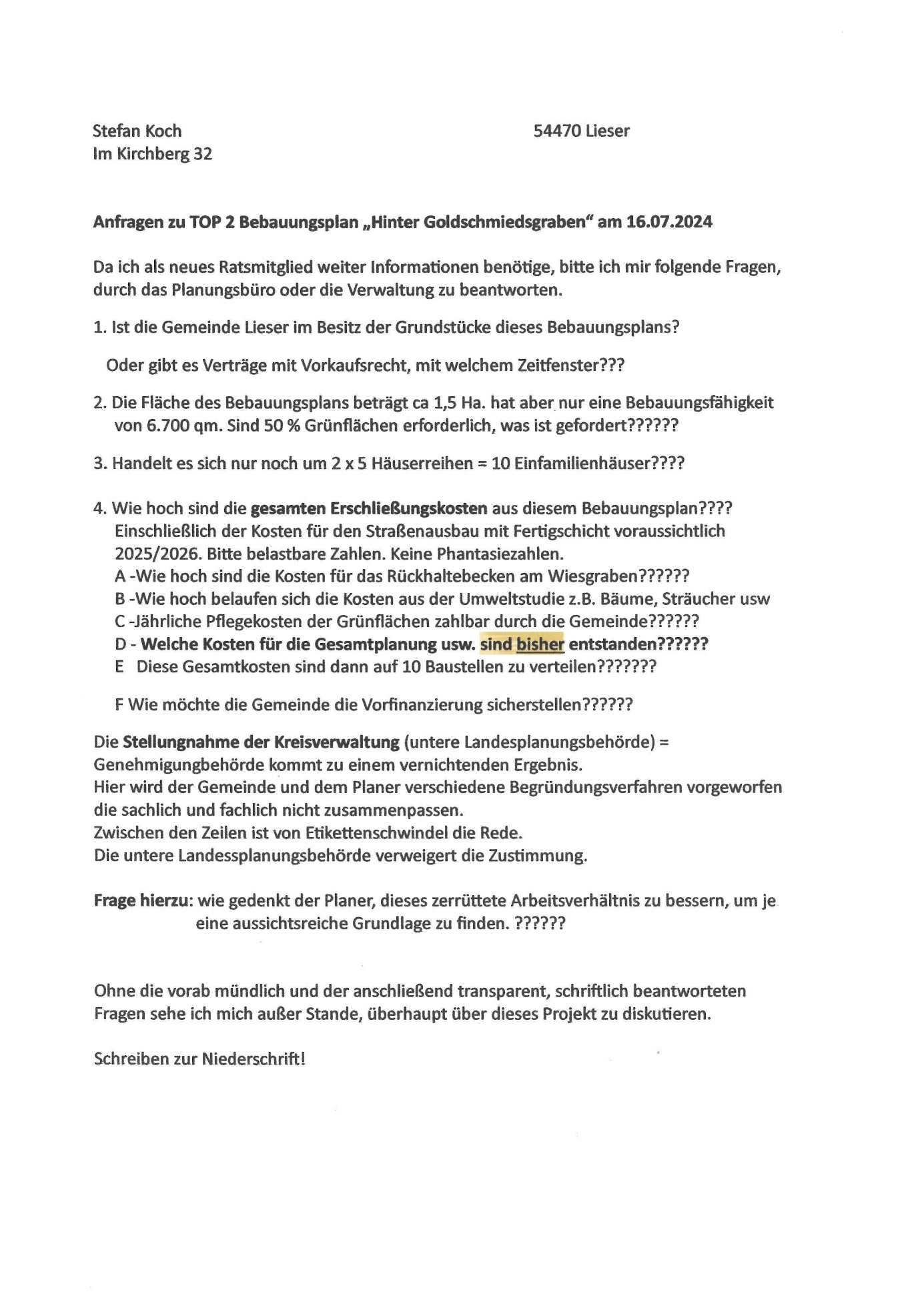
| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Die in der Planung vorgesehene Bebauung von MD2 liegt oberhalb des Weges über meinem Haus-Grundstück. Nach meiner Information umfasst sie eine Vielzahl von Wohneinheiten.  Daraus folgt ein erhöhtes Aufkommen des Verkehrs sowie parkender Autos auf dem Weg und den angrenzenden Straßen.  Es steht zu erwarten, dass der Weg ausgebaut werden muss. Hier schließt sich die Frage nach den Kosten des Ausbaus und wer die Kosten der Maßnahme trägt.  Ich gehe davon aus, dass ich mit diesen Kosten nicht belastet werde. |

| **Weitere Anregung Privat 6** | |
| --- | --- |
|  | hiermit möchte ich mich auf mein Schreiben vom 02.12.2022 beziehen, auf welches Sie leider bis heute nicht geantwortet haben. In diesem Schreiben (liegt als Anlage anbei) haben wir uns bereits dagegen ausgesprochen.  Wir möchten durch diesen Einspruch nochmals deutlich darlegen, aus welchen Gründen wir gegen das Neubaugebiet sind.  -unsere Grundstücke sind durch die Hochstraße bereits erschlossen und bezahlt  -die Grundstücke durften von ***anonymisiert*** damals nicht von oben bebaut werden, da es keine Zufahrt gab, dadurch konnten diese nie bebaut werden.  -aus diesem Grund haben wir keine Zufahrt von oben auf unsere eigenen Grundstücke -das ist heute der Grund , dass uns der Weinwirtschaftsweg völlig ausreicht,  -aus oben genannten Gründen sind wir nicht bereit, die Erschließungskosten für drei Parzellen mitzutragen, uns genügt der Weinwirtschaftsweg. |

1. **Privat 7**

| **Anregung** | |
| --- | --- |
|  | Die verschiedenen Dokumente, die als Vorentwürfe der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Verfügung gestellt worden sind, erlauben derzeit keine irgendwie geartete fundierte Stellungnahme.  So hinaus finden derzeit in den Gremien der Ortsgemeinde Lieser weitere Beratungen über wichtige Details des Bebauungsplans statt, die ersichtlich keinen Eingang in die ausgelegten Vorentwürfe finden konnten. Unabhängig davon ist bisher an keiner Stelle schlüssig dargetan, wie die mit der Bebauung eintretende Flächenversiegelung durch andere Maßnahmen so weit kompensiert werden kann, dass eine zusätzliche Gefährdung der bestehenden Ortsbebauung durch Starkregenereignisse ausgeschlossen werden kann. |

**Anlage 3 zu TOP 2:**



**Anlage 4 zu TOP 2:**

